

Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere



# Sessionsvorschau

Sommersession Nationalrat 2024

Publikationsdatum: 16.05.2024





## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>		<b>3</b>
<b>Ratsgeschäfte</b>		<b>4</b>
22.085 — Umweltschutzgesetz. Änderung	<b>Anpassung</b>	4
23.3366 — Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung	<b>Annahme</b>	4
23.486 — Gemeindetageskarten erhalten	<b>Ablehnung</b>	5
24.3011 — Die Chance der UEFA Women's EURO 2025 nachhaltig nutzen	<b>Annahme</b>	6
24.3000 — Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums	<b>Annahme</b>	7
<b>Impressum</b>		<b>8</b>



## Editorial

Wir präsentieren Ihnen die Sessionsvorschau mit den Positionen des Schweizerischen Städteverbandes: Die Revision des Umweltschutzgesetzes und die Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter – dies sind zwei Themen, die Sie in der kommenden Sommersession behandeln und welche für die Städte von grosser Bedeutung sind.

Das Thema der Betreuung im Alter beschäftigt die Städte stark, da die Zahl der betagten Menschen ständig zunimmt und der Zugang zu Hilfe und Betreuung ist ungenügend ist. Deswegen wird die Motion "Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung" von den Städten unterstützt.

Im Vorschlag zur Lärmvorsorge in der USG-Revision wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte, eine kontrollierte Wohnraumlüftung als Lösung für die Lärmvorsorge präsentiert. Da eine solche Lüftung den Stadtraum und die Wohnqualität schwächt, empfiehlt der Städteverband eine Anpassung der jetzigen Vorlage und die kontrollierte Lüftung abzulehnen. Bezüglich Altlastensanierung in der USG-Revision befürwortet der Städteverband die Position des Ständerats.

Ausserdem empfiehlt der Städteverband die Annahme der Motion der WBK-SR «Die Chance der UEFA Women's EURO 2025 nachhaltig nutzen», welche eine angemessene und nachhaltige Finanzierung der EURO 2025 durch Städte und Bund ermöglicht.

Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel  
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



## Ratsgeschäfte

### 22.085 Geschäft des Bundesrates **Umweltschutzgesetz. Änderung**

Dienstag, 28. Mai 2024	Ständerat
evtl. Montag, 3. Juni 2024	Nationalrat
evtl. Mittwoch, 5. Juni 2024	Ständerat
Dienstag, 11. Juni 2024	Nationalrat

#### **Position: Lärm**

Für eine qualitätsvolle Stadtentwicklung braucht es resiliente und lebenswerte Räume für Menschen. Dazu zählt eine Reduktion des Lärms an der Quelle. Für die Menschen in den Städten und städtischen Gemeinden ist dies zu Zeiten der Innenverdichtung und Wohnungsknappheit wichtig. Wird dies erfüllt, gewinnen Menschen, Städte und Wirtschaft, zudem wird die Bewilligungsfähigkeit von Wohnprojekten erhöht. Die nun vorliegende Version nimmt diese zentralen Anliegen der Städte und der Menschen, die dort leben jedoch nicht auf. Es gibt keine Reduktion des Lärms an der Quelle und der Stadtraum wird geschwächt. Stattdessen wird einseitig auf das Bauen fokussiert.

Bei den Baubewilligungen wird den Betroffenen in Städten und Agglomerationen nun bei einer Überschreitung der Grenzwerte, wahlweise gemäss Ständerat zuerst oder gemäss Nationalrat nachgelagert, eine noch zu definierende kontrollierte Wohnraumlüftung als Lösung für ein Drinnenwohnen mit Lärm präsentiert. Eine solche Lüftung trägt allerdings nichts zur Stärkung des Stadtraums und zu einer angenehmen Wohnqualität, die mit dem Öffnen von Fenstern verbunden ist, bei. Die Zahl der vorgeschlagenen Fenster, die sich auch hier vor- oder nachgelagert je nach Rat, in einem Teil der lärmempfindlichen Räume öffnen lässt oder ein ruhiger Aussenraum als Kompensationsmassnahme, machen dieses Defizit kaum wett und eine qualitativ gute Stadt- und Siedlungsentwicklung bleibt auf der Strecke.

Der Städteverband empfiehlt eine Anpassung der jetzigen Vorlage und die kontrollierte Lüftung abzulehnen.

#### **Belastete Standorte** (Art. 32c bis 32e ter)

Der Städteverband unterstützt die vom Ständerat vorgeschlagene Ausweitung der VASA-Altlasten-Subventionen, sowie die vom Bundesrat und Ständerat vorgeschlagene Pflicht zur Sanierung von belasteten Standorten bei öffentlichen Spielplätzen und Grünflächen.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, diese Vorlage in dieser angepassten Form anzunehmen.



23.3366 Motion Bulliard-Marbach (M-E/FR)

### **Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung**

erg. Mittwoch, 12. Juni 2024

Nationalrat

**Position:** Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen und den Akteuren der Zivilgesellschaft eine nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung auszuarbeiten. Dabei sollen sowohl die sozialpolitische als auch die gesundheitliche Dimension berücksichtigt werden. Das Thema der Betreuung im Alter beschäftigt die Städte stark, denn die Zahl der betagten Menschen nimmt stetig zu, und der Zugang zu Hilfe und Betreuung ist ungenügend. In seinem **Positionspapier** fordert deshalb der Städteverband, dass sich die drei Staatsebenen darauf verständigen, gemeinsam die Verantwortung im Bereich der Hilfe und Betreuung im Alter zu tragen und die Zuständigkeiten zu klären. Dass das Bundesamt für Sozialversicherungen mit seinem Bericht zu Betreuung im Alter eine Grundlage erarbeitet hat, ist aus Sicht der Städte sehr wertvoll. Eine nationale Strategie könnte einen noch weitaus gewichtigeren Beitrag leisten, deshalb wird die Motion von den Städten vollumfänglich unterstützt.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Motion anzunehmen.



23.486 Parlamentarische Initiative Reimann (SVP/SG)

**Gemeindetageskarten erhalten**

erg. Donnerstag, 13. Juni 2024

Nationalrat

**Position:** Dieser parlamentarische Vorstoss fordert die Wiedereinführung der «Gemeindetageskarte» und damit auch die Abschaffung des neuen Angebots, die am 1. Januar 2024 lancierte «Spartageskarte Gemeinde».

2020 hat die Alliance SwissPass die Entfernung der «Gemeindetageskarte» aus ihrem Produktangebot bekanntgegeben. Die Verkäufe gingen damals stetig zurück. Immer mehr Städte blieben auf unverkauften Karten sitzen, was ihnen erhebliche Verluste bescherte. Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV), der SSV und die ASP haben zusammen die «Spartageskarte Gemeinde» entwickelt. Dieses Produkt weist gegenüber der Vorgängerkarte mehrere Vorteile auf. Einerseits tragen die Städte und Gemeinden nun kein finanzielles Risiko mehr, da ihnen nur die effektiv verkauften Karten abgerechnet werden. Andererseits ist es für Nutzerinnen und Nutzer nun möglich, ihre Karte entweder in digitaler Form oder im klassischen Papierformat zu erhalten. Schliesslich fahren die Inhaberinnen und Inhaber eines Halbtaxabonnements damit besser als mit dem vorherigen Produkt.

Wir bitten Sie, die Empfehlung der KVF-N zu unterstützen und diesem parlamentarischen Vorstoss nicht Folge zu geben. Dieser widerspricht den Bemühungen der Gemeindeverbände, den Städten und Gemeinden einen qualitativ hochstehenden Ersatz zu bieten. Er schadet zudem den Interessen der Städte und Gemeinden, die dieses neue Produkt bereits verkaufen, eine Dienstleistung, die von ihrer Bevölkerung geschätzt wird. Überdies sind mehrere Angaben im Text des parlamentarischen Vorstosses falsch und müssen berichtigt werden. Der Durchschnittspreis der neuen Karten ist nämlich nicht höher als jener des vorherigen Produkts: Etwa 70% des Kontingents besteht aus Tageskarten zum günstigsten Preis von 39 Franken (mit Halbtax) und von 52 Franken (ohne Halbtax). Ausserdem generiert die Verwaltung der neuen Karte bei der überwiegenden Mehrheit der Städte und Gemeinden keinen zusätzlichen Aufwand. Während 1100 Gemeinden ihren Einwohnerinnen und Einwohnern das alte Produkt anboten, ist das neue bereits bei 1070 Gemeinden erhältlich, eine Zahl, die unsere Erwartungen zu diesem Zeitpunkt übertrifft.

Der SGV und der SSV beobachten die Entwicklung bei diesem neuen Produkt genau. Eine Fachgruppe der Städte und Gemeinden begleitet dessen Einführung und Verwendung. Mehrere technische Verbesserungen wurden am neuen Kartensystem bereits vorgenommen. Eine eingehendere Bilanz wird Anfang 2025 gezogen.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, der Empfehlung der KVF-N zu folgen und der parlamentarischen Initiative nicht Folge zu geben.



24.3011 Motion WBK-SR

### **Die Chance der UEFA Women's EURO 2025 nachhaltig nutzen**

Donnerstag, 13. Juni 2024

Nationalrat

**Position:** Der Schweizerische Städteverband sieht die EURO 25 als eine grosse Chance für die Schweiz. Im Rahmen dieser grössten frauenspezifischen Sportveranstaltung Europas sollen während rund vier Wochen 31 Spiele in acht Städten und sieben Kantonen stattfinden.

Die acht Austragungsstädte engagieren sich sehr stark, um die EURO 25 sowohl aus sportlicher wie auch aus gesellschaftlicher Sicht zu einem unvergesslichen und nachhaltigen Anlass zu machen. Sie und die Standortkantone haben namhafte Kredite gesprochen und sind damit in die Vorleistung gegangen. Der Städteverband spricht sich dafür aus, dass sich auch der Bund angemessen finanziell engagiert.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt dem Ständerat zu folgen und der Motion zuzustimmen.

24.3000 Motion RK-SR

### **Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums**

Montag, 27. Mai 2024

Nationalrat

**Position:** Aktuell werden Steuerausgaben bei der Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums nicht berücksichtigt. Dadurch entstehen während der laufenden Pfändung neue Steuerschulden, was den staatlichen Zielen eines solchen Existenzminimums zuwiderläuft. Diesen Systemfehler will die Vorlage beheben, was von den Städten vollumfänglich unterstützt wird. Einerseits weil Schuldnerinnen und Schuldner dadurch in der Lage wären, Steuerforderungen der Gemeinwesen nachzukommen. Steuerschulden verursachen administrative Aufwände bei Städten und Gemeinden und es besteht ein wesentliches Risiko, dass die Steuerschulden auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht beglichen werden können. Zudem führt die aktuelle Regelung dazu, dass sich diese Personen nicht aus der Schuldenfalle befreien können. Ihnen fehlt damit eine wirtschaftliche Perspektive, Armut und soziale Ausgrenzung drohen. Dies fällt auch auf die Städte zurück, die in vielen Kantonen für die Sozialhilfe zuständig sind.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Motion anzunehmen.



## Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV  
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 356 32 32  
[info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)  
[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)  
[LinkedIn](#)